

# EMIL

Eimsbüttel mit Links.  
Informationen  
**DIE LINKE.** Fraktion  
in der Bezirksver-  
sammlung Eimsbüttel

## August 2012

Ein Jahr **EMIL** in Eimsbüttel. **EMIL** ist das vierteljährliche Informationsblatt der Bezirksfraktion der LINKEN in Eimsbüttel. EMIL, das steht für „Eimsbüttel Mit Links“. EMIL informiert aus dem Bezirk, von der Basis, aus der Bezirksversammlung und den Ausschüssen. Für Sie und euch, mit Ihnen und euch – für eine bessere Politik in unserem Eimsbüttel.

### Bürgerbeteiligung

In einem Rechtsgutachten zeigt die Rechtsanwältin Lena Dammann, dass Bürgerbeteiligung juristisch möglich ist. Die Politik muss es nur wollen: **Seite 6**

### No Nazis

Fast alle Fraktionen haben dem Antrag der Linksfraktion zugestimmt – Kein Platz für Nazis in Eimsbüttel: **Seite 13**

### Aus dem Rathaus

Kersten Artus setzt sich mit der bürokratischen Einordnung zur Gefährlichkeit von Hunden auseinander und fordert eine grundlegende Änderung des Hamburgischen Hundegesetzes: **Seite 15**

## Wohnungsbau?

Ein Jahr Wohnungsbaupolitik der SPD:

**In Hamburg**  
6.000 neue Wohnungen pro Jahr waren versprochen.

Doch wo sie sind, ist unklar. **Seite 4 + 5**

# Wo?

## Editorial

Von Wulf Beleites

Foto: Privat



Es ist erstaunlich, um wie viel schneller die Verwaltung handeln kann als der politische Souverän es vorgibt oder die von ihm gewählten Vertreter es wollen. Da wird zum Beispiel in der Bezirksversammlung vor mehreren

Monaten noch kräftig für den Erhalt des Kundenzentrums Stellingen argumentiert, einige im Eimsbüttler Bezirksparlament vertretene Parteien demonstrieren auf der Straße, der Bezirksamtsleiter kündigt eine gnadenbefristete Bedenkzeit an, und die Hoffnung auf einen Ausweg für den Erhalt des Kundenzentrums steigt wieder ein wenig.

Gleichzeitig ist die Verwaltung, also der Bezirk und ihr Leiter schon viele Schritte weiter: Da wird Bürgern, die etwa einen neuen Personalausweis beantragt haben, freundlich mitgeteilt, an welchen Stellen sie sich den Perso in Hamburg abholen können. Eine lange Liste, auf der allerdings das Kundenzentrum Stellingen schon fehlt.

Noch einmal im Klartext: Die bezirklichen Parlamentarier beschließen etwas, fordern ihren obersten Angestellten, denn mehr ist ein Herr Bezirksamtsleiter ja wohl nicht, auf, konkret etwas zu unterlassen, doch in seinem Amt hat er schon alles geregelt, ist es beschlossen und verkündet.

Dieses ist nur ein Mosaikstein für die arg beschnittene politische Möglichkeit und Macht, die den bezirklichen Parlamentariern und Parlamentarierinnen zusteht. Zweites Stichwort: Evokation. Passt eine politische Entscheidung der Volksvertreter des Bezirks oder ein Bürgerentscheid nicht in das Konzept irgendwelcher Interessensvertreter, kann der Hamburger Senat sich die Chose zu eigen machen und die politische Grundentscheidung bleibt auf der Strecke.

Jeder Land- oder Kreistag hat mehr Kompetenzen als eine Bezirksversammlung in Hamburg. Vor 1937 gab es in der Stadt 37 Gemeinden, die im Rahmen einer Gemeindeordnung sehr viel mehr entscheiden konnten, als eine Bezirksversammlung heute. Dann kam das Groß-Hamburg-Gesetz der Nationalsozialisten, die Grundlage dafür, dass die Bezirksversammlungen keine Kommunalparlamente mehr sind, sondern lediglich Verwaltungsausschüsse.

Das Gutachten der Rechtsanwältin Lena Dammann (siehe Seite 6) zeigt, dass ein Umdenken möglich ist. Man muss es nur wollen.

# Frühstücken trotz Hartz IV

„Hartz IV ist und bleibt ein Kernthema unserer politischen Arbeit, sowohl in der Fraktion als auch in der Partei DIE LINKE,“ so die Eimsbüttler Bezirksabgeordnete Astrid Dahaba anlässlich des ersten Beratungstreff für Hartz IV-Betroffene.  
Von Wulf Beleites

Regelmäßig an jedem dritten Mittwoch im Monat von 9.30 bis 11.30 Uhr tauschen Erwerbslose ihre Erfahrungen untereinander aus, die sie im Jobcenter gesammelt haben. Ihr Treffpunkt ist das Eidelstedter Bürgerhaus, wo sich nunmehr viermal insgesamt etwa vierzig Menschen bei Kaffee und Butterkuchen getroffen haben.

Über zwölf Prozent der Eidelstedter Bevölkerung muss von den Regelsätzen des SGB II leben. Obgleich es diesen Betroffenen nicht immer ganz leicht fällt, über die gegenwärtige Situation zu sprechen, herrscht weitgehende Offenheit in dieser Selbsthilfegruppe.

„Was uns angenehm überrascht hat“, so Ralph Peters vom Vorstand der Eimsbüttler LINKEN und als erwerbsloser Gärtner Bezieher von Arbeitslosengeld II, „wie viele BesucherInnen sich überhaupt nicht scheuen, ihr eigenes Thema offen in der Gruppe anzusprechen“.

Gerade jetzt verkünden die Zeitungen einen neuen Rekord bei Hartz-IV-Sanktionen. Waren es 2010 829 375 Leistungsempfänger, denen das Geld gekürzt wurde, stieg die Zahl auf 912 377 im Jahr 2011. Die Höhe der durchschnittlichen Kürzungen betrug mit 115,99 Euro etwa 31 Prozent des Regelsatzes von 374 Euro monatlich.

Zehn Jahre nachdem die Schröder/Fischer-Regierung die Hartz-Kommission eingesetzt hatte, erreichen die Willkürmaßnahmen einen traurigen Höhepunkt. Dabei betreffen zwei Drittel der Sanktionsgründe schlichte Terminversäumnisse. Hamburg ist gleich vorne mit dabei: 3,8 Prozent aller



Leistungsempfänger wurden hier abgestraft, Platz 3 hinter Berlin und Nordrhein-Westfalen.

Was weniger bekannt ist: Die Bundesagentur für Arbeit gab in einer Sonderbroschüre im Herbst selber zu, dass die Bundesrepublik in punkto Langzeiterwerbslosigkeit den Europa-Rekord hält. 47 Prozent betrug hierzulande der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Erwerbslosigkeit, gegenüber 42 Prozent im Durchschnitt in Europa. Zum Vergleich: Dänemark 23 Prozent, Schweden 19 Prozent. Dies deckt sich mit einer vergleichenden Studie von 31 Ländern, in der Deutschland bei der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit an vorletzter Stelle liegt.

Dabei sind die Folgen der jahrelangen sanktionsbedrohten Langzeiterwerbslosigkeit dramatisch: Wer Angst haben muss, dass der ohnehin viel zu knappe Regelsatz jederzeit gekürzt wird oder mit einer Mieterhöhung die Umzugsaufforderung kommt, lebt in ständiger Angst. Häufige Folgen des zu geringen Regelsatzes und der Sanktionen sind verstärkte soziale Isolation, Mangelernährung, Verschuldung als Ergebnis einer weiteren Ausgabenreduzierung bis hin zu psychosomatischer Erkrankung und Obdachlosigkeit.

Insgesamt steigt die Armut. Außer den 13 Prozent, die laut Bericht der Bundesregierung arm sind, leben ebenso viele an der Armutsgrenze. 4,5 Millionen Erwerbslosen, die von Hartz IV-Regelsätzen leben müssen, stehen nur noch 750 000 ALG I - Anspruchsberechtigte gegenüber, deren Bezüge sich am früheren Erwerbseinkommen orientieren – auch hier sinkt die Höhe beträchtlich. Insgesamt 6,2 Millionen Menschen müssen in unserem Land von Hartz IV oder Sozialgeld leben.

Grund und Anlass genug für einige Mitglieder des Bezirksverbandes der Linken, diesen Repressionsmaßnahmen entgegenzutreten. Aufgrund der Erfahrung, dass gute Erfolgsaussichten bestehen, sich mit juristischen und nichtjuristischen Mitteln gegen willkürliche Übergriffe der Jobcenter zu wehren, gründeten sie eine Selbsthilfegruppe, griffen zum Quast und Kleister und veranstalten seitdem einmal monatlich im Wechsel einen Info-Tisch vor dem Jobcenter Eidelstedt und ein offenes Treffen im Bürgerhaus Eidelstedt.

Politisches Engagement, persönliche Erfahrung und berufliche Kenntnisse geben ihnen die Fähigkeit, Menschen zu helfen, sich gegen Bescheide und Sanktionen zu wehren. Und erwiesenermaßen reicht oft schon die schlichte Inanspruchnahme des Rechts auf Begleitung aus, dass die Betroffenen freundlicher und zurückhaltender behandelt werden. Wer also nicht allein zum Jobcenter geht, sich informiert, Bescheide und Schreiben prüft und gegebenenfalls Widerspruch einlegt, hat gute Erfolgchancen, wie die Zahlen belegen.

Es finden bei diesen Treffen auch Einzelgespräche und Verabredungen für den gemeinsamen Gang zum Jobcenter statt. Bernd Christiansen von der LINKEN: „Jeder hat ein Recht auf einen ihn begleitenden Beistand und wir erleben es nicht selten, dass die begleitete Person eben anders behandelt wird. Eine Eingliederungsvereinbarung ist übrigens kein einseitiges Diktat, sondern eine verhandelbare Vereinbarung auf Gegenseitigkeit, in der auch selbstverständlich eigene Ansprüche und Wünsche wie in jedem anderen Vertrag vereinbart werden können.“

Die Gruppe hat ein politisches Selbstverständnis, was sich auch an der regelmäßigen Teilnahme der Eidelstedter Abgeordneten Astrid Dahaba zeigt, die für DIE LINKE in der Bezirksversammlung Eimsbüttel sitzt: Als erwerbslose Medienkommunikatorin und Redakteurin muss auch sie von Arbeitslosengeld II leben und weiß daher aus eigener Erfahrung genau, wovon die Rede ist, wenn sie im Parlament die Rechte erwerbsloser Menschen einfordert.

Ein weiterer Aktiver ist Holger Griebner, der seinem Beruf als Sozialarbeiter in der Suchthilfe nachgeht: „Zu uns kommen auch Menschen, die jetzt noch von Erspartem leben und zukünftig mit den Alo-Regelsätzen auskommen müssen. Andere sind sogenannte Aufstocker, die sind arm trotz Arbeit.“

Fazit aller: Der Start ist gelungen. Weiterhin kann jede und jeder unverbindlich einmalig oder regelmäßig dabei sein.

# Wohnungsbau des SPD-Senats: Nichts Genaues weiß man nicht

Ein Jahr Wohnungspolitik der SPD-Regierung und keine verlässlichen Zahlen: 6.000 Wohnungen sollten jährlich gebaut werden, so die vollmundige Wahlkampfaussage der SPD. Und heute das große Rätselraten: Auch wenn die offiziellen Zahlen weit unter den angekündigten liegen - wie verlässlich sind sie eigentlich? *Von Helli Laab*

Vor knapp einem Jahr schrieb der Linken-Fraktionsvorsitzende Hartmut Obens an dieser Stelle: „Das Thema Wohnungsbau und Wohnraumversorgung ist zum beherrschenden sozialen Thema in Hamburg und besonders in Eimsbüttel geworden. Kaum ein anderes Problem erfüllt die Menschen in unserem Bezirk mit größerer Sorge, geht es doch hierbei um existenzielle Fragen des Lebens und der Zukunft eines Jeden.“

Und vor über einem Jahr hat die SPD in Hamburg mit ihren Vorschlägen zum Wohnungsbau – Neubau von 6.000 Wohnungen jährlich – Wahlkampf gemacht. Seit mehr als einem Jahr ist der SPD-Senat jetzt am Regieren. Es wäre also an der Zeit zu erfahren, wie viel davon umgesetzt wurde und ob der Senat sein lautstark propagiertes Ziel erreicht hat oder erreichen wird: In einem BILD-Interview vom 31.7. 2012 spricht Jutta Blankau, Stadtentwicklungssenatorin, von 3729 fertiggestellten Wohnungen in 2011 und sicher mehr als 4000 in 2012.

Selbst wenn man davon ausgeht, dass Wohnungsbauvorhaben eine Vorlaufzeit von zwei bis drei Jahren haben und die Zahl der Fertigstellungen damit weniger aussagekräftig ist als etwa die erteilten Baugenehmigungen - es bleibt festzuhalten, dass mindestens in 2011 und 2012 die Zielmenge 6000 Wohnungen massiv unterschritten wird. Und: Wie verlässlich sind die genannten Zahlen eigentlich und, vor allem, wird sich die Wohnungsbaupolitik des Senats in Zukunft auf vernünftiges Zahlenmaterial stützen?

Im Herbst 2011 beklagte Michael Sachs, Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, ein großes Manko in der Erhebung von Zahlen. Die Baufertigungsanzeigen würden beim Statistikamt Nord nur unzureichend und bruchstückhaft einlaufen, damit fehle der Baubehörde ein wichtiges Prüf- und Steuerungsinstrument. Das war vor einem Dreivierteljahr und man sollte erwarten, dass derartige grundsätzliche Mängel in der Erhebung von Daten mittlerweile ausgemerzt sind. Leider ist das nicht so - die BSU stützt sich in ihrem neu eingeführten „Monitoring System“ nach wie vor auf vage Angaben. So sind Doppelzählungen aufgrund von Mitgliedschaften der Bauträger in mehreren Verbänden möglich, die Verbände erheben die Daten auf freiwilliger Basis mit entsprechend unzuverlässigem oder zögerlichem Rücklauf. Ein Beispiel: Der Haus- und Grundeigentümerverband mit 30.000 Mitgliedern hatte einen Monat nach Veröffentlichung des Fragebogens in seiner Verbandszeitschrift erst eine Rückmeldung erhalten.

Immerhin zeichnet sich ab, dass die Zahl der Baugenehmigungen gestiegen ist und auch mehr Fertigstellungen sind zu vermelden. Aber auch mit den Baugenehmigungen ist das so eine Sache: Wenn Jutta Blankau, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, stolz berichtet, fast 7.000 Baugenehmigungen seien erteilt worden, heißt das noch lange nicht, dass dann auch 7.000 Wohnungen gebaut werden - es gibt viele Gründe für Investoren, Baugenehmigungen zu beantragen. Nach der Faustregel von Torsten Sevecke, SPD-Bezirksamtsleiter in Eimsbüttel, „ergeben 7.000 Bauanträge unterm Strich 5.500 fertiggestellte Wohnungen“ - irgendwann fertiggestellt, sicher nicht im Jahr der Antragstellung.

Dazu kommt, dass zwei Drittel der Wohnungen, die der Senat bauen will, Eigentumswohnungen sind -

Mehr Schein als Sein. Gebaut wird immer: für die Reichen...

verwunderlich, da doch der damalige SPD-Wohnungsbauexperte Andy Grote schon im März 2011 im Hamburger Abendblatt anmerkte: "Eigentum ist für den Mittelstand nicht mehr erschwinglich, Eigentum wird komplett zum Luxus". Er spricht hier vom Mittelstand, nicht von der großen Gruppe von Geringverdienern, Rentnern, prekär Beschäftigten, verharteten Menschen, die erfahrungsgemäß die größten Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt haben. Immerhin will der SPD-Senat nicht nur das Luxussegment bedienen, er will auch 2.000 öffentlich geförderte Mietwohnungen pro Jahr errichten. Nur selbst dahinter ist ein großes Fragezeichen zu setzen. Zunächst mal heißt öffentlich geförderte Wohnung nicht Sozialwohnung – und wenn schon Sozialwohnung, dann in welchem Förderweg – der erste, der Warmmieten von knapp neun Euro pro Quadratmeter bedeutet oder der zweite, der gleich mit einem Quadratmeterpreis von elf Euro warm einsteigt? Wobei wir uns über die Zumutung, für eine Sozialwohnung eine Anfangsmiete von elf Euro warm zahlen zu sollen, nicht weiter aufzuregen brauchen – nach Auskunft der Wohnungsbaukreditanstalt sind bisher (Juni 2012) erst eine Handvoll Anträge auf Förderung nach dem zweiten Förderweg gestellt worden, und das soll 800 Wohnungen pro Jahr ergeben? In welchem Jahr?

Bleiben 1.200 Sozialwohnungen im ersten Förderweg: Klingt gut, bedeutet aber nur, dass der Abbau von Sozialwohnungen gebremst wird, da mehrere tausend Sozialwohnungen pro Jahr aus der Bindung fallen und der teure Ankauf von Bindungen das bei weitem nicht ausgleicht. Wenn denn Sozialwohnungen gebaut werden – in den letzten Monaten sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen Bebauungspläne für Sozialwohnungen erteilt wurden und schließlich tauchten sie auf geheimnisvolle Weise als Eigentumswohnungen auf dem Markt auf. Nicht gerechnet die gleichzeitig laufende Vernichtung preisgünstigen Wohnraums durch angeblich nötigen Abriss und Ersatz durch Neubau mit doppelt so hohen Mieten – ein Vorgehen, durch das einzelne Genossenschaften gerade auffallen.

Es soll nicht behauptet werden, dass der Senat sich nicht redlich bemüht. Nach einem Bericht von welt online (15.6.2012) ist er sogar selber unzufrieden mit dem Start des eigenen Wohnungsbauprogramms. Aber festzuhalten ist, es werden viel zu wenig Sozialwohnungen gebaut, es wird viel zu teuer gebaut, die Interessen der am stärksten Betroffenen, die vor allem kleine, preisgünstige Wohnungen benötigen, werden wieder einmal außen vor gelassen und der Senat trifft Entscheidungen über öffentliche Mittel im dreistelligen Millionenbereich nach Daumenpeilung.

*Helli Laab ist Zugewählte Bürgerin der LINKEN im Stadtplanungsausschuss und im Regionalausschuss Lokstedt.*



# Bürgerbeteiligung: Juristisch machbar, Herr Nachbar

„Bürgerbeteiligung und Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen von Wohnungsbauvorhaben“ – unter diesem Titel ist ein Rechtsgutachten erstellt worden, das im Auftrag der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN von der Rechtsanwältin Lena Dammann erstellt wurde. Sie hatte bereits durch ihr Gutachten zum Thema „Hoheluftdomizil“ nicht nur in Eimsbüttel öffentliche Aufmerksamkeit erzielt. *Von Hartmut Obens*

Auch dieses Gutachten wurde von der Fraktion der Eimsbütteler LINKEN initiiert. Es kommt zu rechten Zeit: Die mit undemokratisch-administrativen Eingriffen des Senats („Evokationen“) zunehmend ausgehöhlt „Bezirksdemokratie“ stößt bei den Hamburgerinnen und Hamburgern auf immer mehr Unmut und Widerstand. Das ist nicht zuletzt der Grund für die deutliche Abfuhr, die die Eimsbütteler „Center“-Parteien (SPD/GAL/CDU/FDP) beim Bürgerentscheid gegen die MEAG-Pläne zum Eidelstedter Markt eingefahren haben.

Foto: Privat



Rechtsanwältin  
Lena Dammann

Dieses Defizit scheint auch die Eimsbütteler Bezirksverwaltung gespürt zu haben, als der Fachamtsleiter für Stadt- und Landschaftsplanung, Kay Gätgens, auf der Sitzung des Stadt-

planungsausschusses (STAPLA) am 12. Juni einige Grundgedanken zu einer Ausweitung der Bürgerbeteiligung äußerte. Bezeichnenderweise haben sich dazu, außer der LINKEN, die anderen Fraktionen mit keiner Silbe geäußert. War man bei diesem Thema überfordert? Die Linksfraktion begrüßte im STAPLA diese Äußerungen und kündigte entsprechende Initiativen der LINKEN an, unter anderem das nun vorliegende Gutachten. Es enthält eine Reihe wertvoller Anregungen, die Bürgerbeteiligung zu verbessern, sowohl durch gesetzliche Änderungen als auch durch Veränderungen, die rechtlicher Novellen nicht bedürfen, wohl aber den politisch-demokratischen Willen der politischen Kräfte in Eimsbüttel und in der Bezirksversammlung.

Folgende Qualitätsanforderungen werden allen Vorschlägen vorangestellt:

- ▶ Wertschätzung der Beteiligung
- ▶ Zurverfügungstellung hinreichender Ressourcen
- ▶ Transparenz der Planungs- und Entscheidungsprozesse
- ▶ Ergebnisoffenheit des Beteiligungsverfahrens
- ▶ Flexibler Einsatz vielfältiger Methoden und
- ▶ Begründbarkeit von Entscheidungen anhand

transparenter, nachvollziehbarer Kriterien

Hier seien, in Stichworten, die politischen Aufgaben genannt, die anzugehen sind:

- ▶ Neue Beteiligungsformen entwickeln
- ▶ kein bloßes Akzeptanzmanagement
- ▶ Öffentlichkeitsbeteiligung vor Aufstellungsbeschluss
- ▶ flexibler Einsatz
- ▶ vielfältige Methoden
- ▶ Möglichkeit der Anwendung nicht gesetzlich geregelter Planungsinstrumente als Vorstufe zum Flächennutzungsplan und Bebauungsplan
- ▶ Internet-Vorabinformationen, Anwendung des Transparenzgesetzes
- ▶ neutrale Moderation, Bereitstellung von Geldmitteln für Beteiligungsverfahren
- ▶ Qualifizierung und Motivierung des Verwaltungspersonals
- ▶ Finanzierungsleistungen und zusätzliches Personal für die Bezirke
- ▶ Verbindlichkeit von Bürgerentscheiden (Schwachstellen, Gesetzeslücken, keine Kassierung von Bürgerentscheiden durch einfachen Beschluss der BV)
- ▶ Öffnung des Unterausschusses für Bauangelegenheiten (nicht generelle Vertraulichkeit)
- ▶ Verbesserte Rechtsstellung zubenannter BürgerInnen (Absichtserklärung der Nichtgebundenheit und Weisungen, Verzicht auf politische Disziplinierung)
- ▶ Städtebauliche Verträge, insbesondere zur Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus

Aus diesen Punkten wird die Linksfraktion Initiativen und Anträge entwickeln, die das Thema „Bürgerbeteiligung“ wachhalten und politisch verstärken.

Das Gutachten ist vor einiger Zeit an die Bezirksamts-Leitung übergeben worden, um einen Dialog zu eröffnen. Eine Reaktion ist bislang nicht erfolgt. Aber was nicht ist, kann ja noch werden ...

Das Gutachten ist in der Lang- oder Kurzfassung unter folgendem link einzusehen:

[http://www.linksfraktion-eimsbuettel.de/in\\_der\\_bezirksversammlung/rechtsgutachten/](http://www.linksfraktion-eimsbuettel.de/in_der_bezirksversammlung/rechtsgutachten/) [http://www.linksfraktion-eimsbuettel.de/in\\_der\\_bezirksversammlung/rechtsgutachten/](http://www.linksfraktion-eimsbuettel.de/in_der_bezirksversammlung/rechtsgutachten/)

# Bezirkliche Charme-Offensive

Eine Charme-Offensive des Bezirkes Eimsbüttel wurde mit der Veranstaltung „Gemeinsam für ein lebenswertes Eimsbüttel; Bürgerinitiativen, Politik und Verwaltung im Dialog“ am 1. Juni eingeleitet.

Von Jens Reuter

Der angekündigte Dialog zwischen Bürgerinitiativen, Politik und Verwaltung hat am 1. Juni zumindest nicht stattgefunden. In der Einführung und in der „Arbeitsgruppenphase“ sind inhaltliche Gespräche kategorisch ausgeschlossen und verhindert worden. Stattdessen haben die mehrheitlich anwesenden MitarbeiterInnen aus der Verwaltung ihrem Gefühl Ausdruck verliehen, von den BürgerInnen nicht verstanden zu werden.

Es bestand die Hoffnung, dass die Veranstaltung dazu dienen würde, der Verwaltung und der Politik verständlich machen zu können, was die BürgerInnen bewegt. Schließlich scheint das bestehende Unverständnis hierüber für die Gründung von Bürgerinitiativen ursächlich zu sein.

Diese Hoffnung wurde leider nicht erfüllt. An dem fortdauerndem „preußischen Selbstverständnis“ des Obrigkeitsstaates müssen Politik und Verwaltung noch arbeiten und sich eine tiefer gehende Einsicht darüber verschaffen, welche Seite der Beteiligten einer Moderation am dringlichsten bedarf. Die BürgerInnen – oder die Politik und die Verwaltung?

Es drängt sich der Verdacht auf, diese Veranstaltungsreihe sei Teil einer Kampagne des Bezirkes Eimsbüttel. Gegenüber der Öffentlichkeit soll der Eindruck vermittelt werden, „man hätte doch alles Mögliche zur Förderung der Bürgerbeteiligung getan.“ Und zwar mit der eigentlichen Absicht, die Hintertreibung der Bürgerbeteiligung (vor allem in Bauangelegenheiten) umso ungenierter weiter betreiben zu können.

Denn wenn die Bürgerbeteiligung, die ganz wesentlich immer in Zusammenhang mit der Stadtplanung von Bedeutung ist, tatsächlich durch den Bezirk gewünscht und angestrebt werden würde, dann müssten lediglich die „Vorhabenbezogenen B-Pläne“ vom Tisch. Die „Vorhabenbezogene B-Planung“ wurde vor

etwa zwanzig Jahren zusätzlich eingeführt. Anlässlich der deutschen Wiedervereinigung sollte eine Vereinfachung der Genehmigungs- und Planungsverfahren den Wiederaufbau Ost-Deutschlands beschleunigen. Die beinahe 80 Jahre alten Baustufenpläne von 1937/38 sollten endlich aktualisiert werden.

Ratzfatz stellte sich dann die „Bürgerbeteiligung“ nach dem Bundes-Baugesetzbuch fast „von selbst“ wieder ein. Und um genau diesen Tatbestand zu vernebeln, wird diese „Veranstaltungsreihe“ durch den Bezirk ganz offensichtlich organisiert.

Vor der Einführung der „Vorhabenbezogenen Bebauungspläne“ vor zwanzig Jahren haben die Interessen Ausgleiche schließlich weitestgehend funktioniert. Zumindest war damit trotz vorhandener Mängel weit besser zu arbeiten, als dies heute der Fall ist.

Die aus diesem Grunde entstandenen Bürgerproteste sind im Wesentlichen nicht durch ein verändertes Selbstverständnis der BürgerInnen zu erklären, wie es gerne von Politikern dargestellt und behauptet wird. Vielmehr sind die Bürgerproteste ein gesellschaftlicher Reflex auf unerledigte und nicht erfolgte Interessen-Ausgleiche in der Gesellschaft. Mit anderen Worten: Sie sind eine Reaktion auf die dauerhafte und die einseitige Bedienung ganz bestimmter Interessen in der Gesellschaft durch die Politik.

Was folglich getan werden müsste, um dem wachsenden Unmut in der Gesellschaft bei Bauvorhaben zu begegnen, ist offensichtlich: Rückkehr zur ordentlichen Stadtplanung und Abkehr von „Vorhabenbezogener Bebauungsplanung“ sowie der Verzicht auf durchsichtige Charme-Offensiven.

*Jens Reuter ist Mitglied in der BI „Grünes Zentrum Eidelstedt“ und bezeichnet sich seit seinen jüngsten Erfahrungen als „Wutbürger“.*



Fotos: Dahaba

## Nach dem Bürgerentscheid – wie geht es weiter?

Das amtliche Endergebnis zum Bürgerentscheid „Grünes Zentrum Eidelstedt“: Die Grünfläche mit Baumbestand und der Spielplatz am Eidelstedter Marktplatz bleiben erhalten. Das Vorhaben der MEAG zur Center-Erweiterung ist vom Tisch. *Von Astrid Dahaba*

Die Abstimmungsbeteiligung betrug 27,65 Prozent, davon haben 68,19 Prozent der Bürger und Bürgerinnen mit JA gestimmt und 31,81 Prozent mit NEIN votiert. Somit haben mehr als zwei Drittel für den Erhalt des Baumbestandes am Eidelstedter Markt gestimmt! Dies ist ein stolzes Ergebnis. Nur DIE LINKE hat das Bürgerbegehren und den Bürgerentscheid in der Bezirksversammlung unterstützt. Alle anderen Fraktionen waren für die Center-Erweiterung.

Der Bürgerentscheid hat die Wirkung „eines Beschlusses der Bezirksversammlung Eimsbüttel“, so die Presseerklärung der Bezirksverwaltung. Das heißt: Nach einer gewissen Zeit kann die Bezirksversammlung einem erneuten Antrag zum Baugebiet-Plan (B-Plan)-Entwurf Eid 71 zustimmen – wenn es dafür Mehrheiten gibt. Mit der SPD-

GAL-Koalition ließe sich das verwirklichen. Doch nun sind beide Parteien ziemlich angeschlagen.

Die SPD hat unprofessionell für die Center-Erweiterung geworben - und verloren. Sie hätte ein Problem, wenn der B-Plan-Entwurf Eid 71 von der Investorin MEAG neu aufgelegt wird. Deshalb lassen sich die Sozialdemokraten genügend Zeit, um sich für das weitere Vorgehen zu sammeln.

Und die GAL war sich uneins: Mal Hüh mal Hott. Sie haben für die Center-Erweiterung gestimmt, wollten aber die Bäume auf der Grünfläche retten. Wie sollte das zusammen gehen? Auf der einen Seite hat die GAL-Fraktion den Kelch beim Bürgerbegehren in der Bezirksversammlung an sich vorüber ziehen lassen, denn sie hätte ja das erfolgreiche Bürgerbegehren annehmen können, um so einen 250.000 Euro teuren Bürgerentscheid zu verhindern. Auf der anderen Seite hat sich die GAL-Fraktion in der Endphase des Bürgerentscheid solidarisch zu der Bürgerinitiative auf dem Eidelstedter Marktplatz gesellt und sich öffentlich gegen die Center-Erweiterung in den Medien positioniert. Damit hat sie wiederum den Koalitionsfrieden mit der SPD erheblich ins Wanken gebracht. Was soll man von einer Partei wie die GAL halten, die nicht weiß, was sie will. Hätte ich ein Chamäleon, dann würde ich es der GAL-Fraktion schenken.

Bezirksamtsleiter Torsten Sevecke lässt in der Presseerklärung verkünden: „Nun wird die Bezirksversammlung entscheiden müssen, wie sie mit diesem Ergebnis umgeht.“ Wie, das haben SPD und GAL schon demonstriert und einen Vorgeschmack auf Zukünftiges gegeben: Die CDU hat einen Antrag eingereicht, der die Forderung nach einem Masterplan für Eidelstedt enthält. Darin heißt es, dass die Akteure von Initiativen und Gruppen, wie Schulen und Kindergärten, Gewerbetreibende, Grundeigentümer, Vereine, Soziale Einrichtungen, Bürgerinitiativen, Dezernate des Bezirksamtes zu einer Sitzung in den Regionalausschuss eingeladen werden. Daraus sollen Initiativen entstehen und die vor Ort lebende Bevölkerung soll dann an der Erstellung







einmal in den Regionalausschuss zu überweisen, wurde von der „Regierungsfraktion“ abgewiesen. Die CDU war natürlich mit dieser Entscheidung sehr zufrieden, da es jetzt öffentlichkeitswirksam heißt: Die CDU setzt sich für die Belange der Eidelstedter ein. Ein ernsthaftes Ansinnen zur Bürgerbeteiligung kann ich bei der CDU, SPD und GAL nicht erkennen. Aufgrund meiner Nach-

eines Masterplans beteiligt werden. Ich frage mich: Wer soll recherchieren, auswählen und einladen? Die Politiker, die Verwaltung? Sollen beispielsweise alle Schulen und alle Kindergärten angeschrieben werden? Was machen wir, wenn alle kommen? Reicht der Sitzungssaal im Stelling Rathaus?

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE hat das Ziel, eine „Zukunftswerkstatt Eidelstedter Zentrum“ einzurichten: Wir legen Wert auf die unbedingte Beteiligung der Bevölkerung – egal aus welchen Zusammenhängen sie kommt. Die Durchführung dieser Zukunftswerkstatt beinhaltet einen längeren zeitlichen Prozess, der gut durchdacht, moderiert und finanziert werden sollte. Unser Fokus richtet sich auf ein nachhaltiges und selbstbestimmtes Bürgerbeteiligungsverfahren und wir haben dafür auch Qualitätskriterien für die Durchführung aufgestellt - im Unterschied zur CDU, die einen Masterplan für ganz Eidelstedt will, aber nicht erklärt, wer dieses Verfahren durchführen und wie es finanziert werden soll.

Die SPD und GAL haben infolgedessen dem Hauptausschuss vorgeschlagen, dass beide Anträge unterschiedlich behandelt werden sollten: Der CDU-Antrag kommt in den Regionalausschuss und der Antrag der LINKEN in den Stadtplanungsausschuss. Die Begründungen waren nicht nachvollziehbar und fad.

Roland Seidlitz, der Fraktionsvorsitzende der GAL-Fraktion, meinte: „Den CDU-Antrag finde ich gut.“ Er hat keine wirklichen Argumente angeführt, die für die getrennte Behandlung der Anträge sprechen. Rüdiger Rust, der Fraktionsvorsitzende der SPD, meinte, dass er keine Zeit hatte, sich mit beiden Anträgen ausgiebig zu befassen. Dann frage ich mich allerdings: Wie kann er dann ein Votum für die unterschiedliche Behandlung der beiden Anträge abgeben? Obwohl die beiden Anträge thematisch und inhaltlich zusammengehören, wurden sie getrennt. Mein Votum, beide Anträge zusammen erst

frage meinte die SPD-Fraktion: Man glaubt, dass beide Anträge zusammengeführt werden. Wie heißt es so schön? Wer glaubt, wird selig oder ist naiv. Ich hege die Vermutung, dass ein wirkliches Bürgerbeteiligungsverfahren aus SPD-Sicht nicht gewollt ist. Denn es ergibt keinen Sinn, warum nicht schon mal parallel, wie in der Beschlussvorlage des Antrages der LINKEN angeführt, die Finanzierungsfrage für den Moderationsprozess hätte geklärt werden können.

Es besteht Handlungsbedarf zur Attraktivitätssteigerung im Eidelstedter Zentrum (maßgeblich ist der bestehende B-Plan 53). Ein vom Bezirksamt beauftragtes Gutachten von 2007 enthält insgesamt sechs Vorschläge zur Umgestaltung des Eidelstedter Zentrums, beispielsweise: die Neugestaltung des Busbahnhofs, die Beseitigung von Leerständen, die Gestaltung der Grünfläche sowie die Belebung und Aufwertung des Eidelstedter Platzes in Verbindung mit dem Bürgerhaus. Doch diese Handlungsfelder sind nicht umgesetzt worden. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Bürger und Bürgerinnen, die Einzelhändler und Marktbesucher, das Bürgerhaus und viele andere Vereine an der Neuordnung ihres Eidelstedter Zentrums zu beteiligen und ihnen personelle Ressourcen und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie den Beteiligungsprozess selbst gestalten und ihre Vorstellungen über die Entwicklung des Eidelstedter Zentrums einbringen können. Besonders sind Ideen erwünscht, die zu frei zugänglichen und attraktiven Aufenthaltsorten führen, sodass diese von den Einwohnern und Einwohnerinnen auch konsumunabhängig nutzbar sind. Es gilt, soziale und kulturelle Räume zu schaffen.

Ich würde mir wünschen, dass dieser Beteiligungsprozess auf den Weg gebracht wird und sich viele Eidelstedter und Eidelstedterinnen daran beteiligen.

*Astrid Dahaba, Bezirksabgeordnete der Fraktion DIE LINKE in Eimsbüttel und Vertreterin des Regionalausschusses Stellingen/Eidelstedt. Mehr zu ihr: siehe Seite 12.*



# Die Linksfraktion bei der Arbeit: Herzlichen Glückwunsch!

An einem Montag, dem 11. Juni, informierte Fraktionsgeschäftsführer Gerald Reichert (Santosh) die Abgeordneten der LINKEN um 10.17 Uhr in einer Eil-Email, dass die Präsidentin der Bezirksversammlung, Mechthild Führbaum, einen runden Geburtstag, ihren siebzigsten, begehen wird. Daraufhin setzte unter den Abgeordneten ein hektischer Mailverkehr ein. Hier das Protokoll:

Liebe Abgeordnete!

Frau von Klinggräpf (CDU) rief bei mir an, ich soll euch Bescheid sagen, dass Frau Führbaum am 14. Juni d. J. 70 Jahre alt werden wird und dass es deswegen direkt im Anschluss an die kommende BV-Sitzung einen Sekt-Umtrunk geben wird.

Besorgen bräuchtet ihr nichts, da bei Herrn Gollin noch zehn Flaschen Sekt stehen und Chips will Herr Gollin auch besorgen.

Grüße, Santosh

Astrid Dahaba, Montag, 11. Juni 2012, 10:33

Und was ist mit einem Geschenk von der Fraktion?  
Gruß, Astrid

Hartmut Obens, 10:33

Vielleicht eine hübsche Glocke?  
Gruß, Hartmut

Dahaba, 10:40

Eine Kuhglocke?

Obens,10:41

Lieber nicht.

Dahaba, 10:54

Na, dann eine aus Glas mit Svarowski-Glitzersteinen, die wäre dann so kostbar, dass man sie nicht benutzen sollte, da sie sonst in Scherben fällt.

Obens: 11:02

Auch nicht gut. Wir könnten uns den Vorwurf einhandeln, sie mit dubiosen Geldmitteln („SED-Vermögen“) bestechen zu wollen ...

Dahaba, 11:48

Hast recht.

Dann sollten wir eine Glocke aus Ton nehmen: Das wäre Handwerk und man stellt eine Affinität zur Arbeiterschaft (SPD ?) her.

Du bist doch poetisch interessiert und involviert, vielleicht kannst du ja eine Parodie auf Schil-

lers Glocke zu Führbaum's Amt dichten?

Obens, 12:00

O je, jetzt auch noch Poesie.

*Die Idee, die lob' ich mir,*

*wer kann schon dichten zu Frau Führbaums Zier,*

*ich sag's grad raus: Bin Amateur,*

*und meine Zeilen – ein Malheur!*

*Aber ich sag', das gibt sich –*

*Sie wird nur einmal siebzig!*

Dahaba, 13:18

Das Glockenspiel auf dem Grindelberg:

*Fest gemauert in der Erden*

*steht die Form aus Lehm gebrannt.*

*Heute muss die Glocke werden!*

*Frisch, Gesellen, seid zur Hand!*

*Hoch oben über den Dächern von Eimsbüttel,*

*sammeln sich Redner in ihrem Ausgehock.*

*Manche Beiträge sind unendlich bitter,*

*trotz der Nähe zum Himmel im zwölften Stock.*

*Lasst gute Reden unermüdlich hören,*

*so wird der Sinn uns eingebrannt.*

*Heut' muss der Geist betören,*

*damit es weiter geht in unserm Land.*

*Sollten fiese G'sellen den Vortrag stören,*

*geht alles außer Rand und Band,*

*dann muss die Glocke lieblich ertönen,*

*Ihr guten Leute, seid beinand!*

*Hoch oben auf dem Throne*

*sitzen beisamm' die Frauenzimmer.*

*Eine hat auf'm Haupt eine Krone*

*und ist durchweg der Bestimmer.*

*Doch heute wird sie siebzig Jahr,*

*der Tag ist voller Glimmer.*

*Der Klöppel ist jetzt ihr Geleit*

*Freunde, seid bereit!*

Obens, 13:21

Wunderbar!

Ich bemühe mich um eine Glocke.

Dahaba, 15:07

uups, ich hatte jetzt gar nicht gedacht, dass du die „dichterischen und unbekümmerten Freiheiten“ ausdrückst bzw. an Führbaum weitergeben willst.

Zaklin Nastic, 12.06.2012, 11:27

Hallo, ich bin der Meinung sie hat bereits eine Glocke.

Dahaba, 11:49

Ja, das ist richtig. Doch manchmal braucht man zwei Glocken. Und unsere wird die schönste sein ...

# Erfolge feiern – Feier genießen

Beim diesjährigen Sommerfest der Eimsbüttler Linksfraktion stand ein Thema groß im Vordergrund: Der erfolgreiche Bürgerentscheid „Grünes Zentrum Eidelstedt“ gegen die Center-Erweiterungspläne am Eidelstedter Marktplatz. Klar, dass auch Mitglieder der Bürgerinitiative der Einladung „Raus in den Garten“ nachkamen, um mit der LINKEN auf den Erfolg anzustoßen. Denn immerhin war es die Fraktion der LINKEN, die sich in der Bezirksversammlung einsam, aber eindeutig gegen die Pläne der MEAG ausgesprochen hatte.

Und wie es sich für ein ordentliches Sommerfest gehört, war das Wetter durchwachsen. Doch tat das der Stimmung keinen Abbruch. Bis in den späten Abend wurden linke Themen diskutiert, Anekdoten aus der politischen Arbeit erzählt und Informationen ausgetauscht – nachmittags bei Kaffee und Kuchen, später dann, als endlich der Grill angezündet war, bei Wasser, Wein und Bier. Und die ganze Zeit dabei: Bernd Kaczmarek, der an seinem Akkordeon gekonnt in die Tastatur griff, um mit kräftiger Stimme Schlager und politische Lieder aus Ost und West zum Besten zu geben.

Und die Sponsoren dieses Fraktionsfestes dürfen natürlich der politischen Offenheit wegen nicht unerwähnt bleiben: Die freundliche Crew der „Grete“, die die Linksaktivisten umsorgte und der Vorstand der Eimsbüttler LINKEN, von dem das Grillgut gespendet wurde. Am Schluss hieß es dann: Bis zum nächsten Jahr, wenn noch mehr Erfolge gefeiert und Feiern wieder genossen werden. (WB)

Fotos: Hochmuth



Fotos: Hochmuth

## Für DIE LINKE in der Bezirksversammlung: Astrid Dahaba



Foto: Privat

Mitglied in den Ausschüssen: Haushalt; Wirtschaft, Arbeit und Kultur (WAK ); Regionalausschuss Stellingen/Eidelstedt; Unterausschuss für Bauangelegenheiten.

Ich bin 1955 in Dortmund geboren und kam 1979 zum Studium an die Kunsthochschule nach Hamburg und wohne seitdem im Bezirk Eimsbüttel. Ich bin Mutter eines erwachsenen Sohnes, lebe seit etlichen Jahren in Eidelstedt und halte mich mit ALG-II-Leistungen über Wasser, da ich leider keine sozialversicherungspflichtige Arbeit finde. Der Arbeitsmarkt sieht düster aus für Menschen, die ein gewisses Alter erreicht haben. Von Beruf bin ich Bankkauffrau und PR-Beraterin.

2005 bin ich in die WASG eingetreten und habe 2007 die Partei DIE LINKE mitbegründet. Seit 2008 bin ich Mitglied der Bezirksversammlung Eimsbüttel und ich unterstütze durch meine Mitgliedschaft das Eidelstedter Bürgerhaus sowie den Sozialverband Deutschland (SoVD).

Ich habe in die Tiefen der sogenannten Hartz-IV-Gesetzgebung blicken dürfen: Das Geld reicht nur zum ständigen Überleben am Limit, ohne gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe; die Aufforderung zum Zwangsumzug, ohne hinreichende finanzielle Unterstützung und bezahlbare Wohnungsangebote; die Kinder bekommen Bildungsgutscheine für Sport- oder Musikunterricht, ohne dass sie sich davon Sportkleidung und Musikinstrumente kaufen können. Eine Liste von unsozialen und unmenschlichen Drangsalierungen, wie beispielsweise die Verhängung von Sanktionen, die die Menschen in hoffnungslose finanzielle Not und zur Wohnungslosigkeit führen kann, kann unendlich fortgeführt werden.

Die Würde der Menschen, die von Sozialleistungen leben müssen, wird viel zu oft mit Füßen getreten. Doch es lohnt sich, sich zu wehren und sich zu organisieren. Mitglieder der LINKEN aus Eimsbüttel haben ein kontinuierliches Treffen ins Leben gerufen: Hartz IV-Betroffene wehren sich! Ich wünsche mir, dass Menschen in Not zu uns kommen, denn es heißt: Widerspruch erzeugt Widerstand.

# Eimsbüttel ist Kein Platz für Nazis

Am 31. Mai beschloss die Bezirksversammlung Eimsbüttel auf Antrag der Bezirksfraktion die LINKE die Verlautbarung: Bezirk Eimsbüttel: Kein Platz für Nazis! *Von Zaklin Nastic*

Die Fraktionen der SPD, GAL und CDU sind unserem Antrag beigetreten. Lediglich die FDP hat sich an der Abstimmung für ein klares Signal gegen Nazis nicht beteiligt, einen Grund hat die Fraktion nicht genannt. Seit Beginn der 1990er Jahre wurden 182 Menschen Opfer rassistischer Morde. Silvio Meier, Alberto Adriano, Marwa El-Sherbini sowie der Hamburger Süleyman Tasköprü sind einige von ihnen, welche uns im Gedächtnis bleiben.

Im November vergangenen Jahres ist nur durch „Zufall“ eine „neue“ wahre Dimension der Bedrohung durch die Faschisten sichtbar geworden. Die Terrorzelle der NSU konnte dreizehn Jahre lang unerkannt durch die Bundesrepublik reisen, zehn Morde, Banküberfälle, ein Nagelbombenattentat sowie einen Sprengstoffanschlag begehen. Das Unterstützerlager dieser Terrorzelle hatte für den 2. Juni zum „Tag der Deut-

schen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung“ in Hamburg aufgerufen. Gegen diese Demonstration formierte sich ein breiter und erfolgreicher Widerstand, welchen DIE LINKE aktiv unterstützte.

Jedoch sind faschistische und rassistische Einstellungen nicht nur im rechtsextremen Milieu vorzufinden, sondern auch in der Mitte unserer Gesellschaft. Studien belegen eine weit verbreitete Menschenfeindlichkeit und rassistische Einstellungen in unserer Bevölkerung. Zunehmende Verarmung, Polarisierung und wachsende Verteilungskämpfe schaffen den Nährboden.

Nach Angaben des Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich sind die „fremdenfeindlichen Gewalttaten“ im vergangenen Jahr um 22 Prozent gestiegen. Angesichts solch grausamer Taten, solch erschreckender Zahlen und Entwicklungen sind wir verpflichtet, jegliche Gewalt gegen Menschen zu stoppen und Angriffe auf unsere Demokratie und ihre freiheitlichen Grundlagen zu verteidigen.

Die Linksfraktion setzt sich weiterhin dafür ein, dass solchen Ereignissen und Taten der Nährboden entzogen wird und kämpft für eine friedliche, tolerante und solidarische Gesellschaft für alle Menschen.

Wörtlich heißt es in dem Beschluss: „Die Bezirksversammlung Eimsbüttel bekundet ihren Willen, indem sie festhält:

Wir wollen nicht:

- ▶ Gewalt gegen Menschen und Angriffe auf unsere Demokratie und deren freiheitliche Grundregeln
- ▶ Naziaufmärsche in unserer Stadt und anderswo
- ▶ Verleugnung oder Verharmlosung des Holocausts und anderer nationalsozialistischer Verbrechen
- ▶ Verherrlichung des Nationalsozialismus, Verneinung deutscher Kriegsschuld

Wir wollen:

- ▶ Ein friedliches Miteinander und Füreinander
- ▶ Toleranz und Respekt gegenüber Menschen anderer Herkunft und Kultur
- ▶ Ein aktives Eintreten für Grund- und Menschenrechte
- ▶ Zivilgesellschaftliches und staatliches Engagement gegen rechte Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung.“

*Zaklin Nastic ist stellvertretende Vorsitzende der Fraktion die LINKE in Eimsbüttel.*

## Neues aus der Uni-Fahrradstation

Die Universität senkt die Miete und vorerst können vier sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze finanziert werden.

*Von Hartmut Obens*

Es ist kein leichtes Unterfangen, die beliebte Fahrradstation auf dem Uni-Campus vor der Schließung zu bewahren und eine dauerhafte und stabile Lösung herbeizuführen. Sozialsenator Detlef Scheele und seine Behörde wurden angefragt, was sie denn als Hilfe anbieten können. Antwort: Schulterzucken.

Auf der zweiten Sitzung des Arbeitskreises wurde das Betreiberkonzept besprochen; und alle im AK waren sich einig, dass die sozialpädagogische Aufgabenstellung nicht gekappt werden darf, Menschen in schwierigen Lebenslagen eine Stütze zur Bewältigung ihres Alltags zu bieten und gleichzeitig eine allgemein anerkannte Dienstleistung zu erbringen. Auch die Uni-Verwaltung hat auf Drängen des AK einen Schritt nach vorn gemacht und den Quadratmeter-Mietpreis von dreizehn auf vier (!) Euro herabgesetzt. Es wurde auch diskutiert, ob weiterhin das Parkhaus benötigt wird, das von den fast 800 Quadratmetern Gesamtfläche etwa zwei Drittel ausmacht und damit die monatliche Mietlast unerschwinglich macht. Das sähe schon anders aus, wenn es bei den ca. 240 Quadratmetern für den Werkstatbereich bliebe. Die in der Werkstatt angebotenen Dienstleistungen und die Selbsthilfewerkstatt sind der „Renner“ der Fahrradstation, während das Parkhaus nicht sonderlich angenommen wird.

Die Firma „einfal“ kann vorerst vier sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze (16 e-Stellen) finanzieren. Das ist schon mal ein Anfang. Nach den bislang vorliegenden Berechnungen ergäbe sich ein jährlicher Finanzierungsbedarf von 30.000 Euro plus den ab 2013 zu entrichtenden Mietzahlungen. Und wir meinen, dass die Uni-Verwaltung die Fahrradstation als soziale und für Studierenden und Anwohner äußerst nützliche Einrichtung ansehen und auf Mietforderungen gänzlich verzichten sollte.

Das Studierendenparlament hatte sich bereits am 2. Februar 2012 für den Erhalt der Fahrradstation ausgesprochen und den Bezirk Eimsbüttel und die Stadt aufgefordert, alles Erforderliche hierfür zu unternehmen. Das steht nun an.

*Hartmut Obens ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Bezirksversammlung Eimsbüttel*

# Scheeles Sparhammer vor Ort



Von Kürzungen besonders betroffen:  
Kinder und Jugendliche

Foto: Beileites

360.000 Euro weniger in Eimsbüttel: Kürzungen bei Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Familien. *Von Werner Brayer*

**D**er Hamburger SPD-Senat hat beschlossen, bei Einrichtungen wie Spielhäusern, Abenteuerspielplätzen, Jugendclubs oder auch Kinder- und Familienzentren zu kürzen. Um insgesamt zehn Prozent sollen die Rahmenezuweisungen, mit denen die Bezirke die Häuser und Plätze freier Träger finanzieren, reduziert werden. Zusätzlich soll es Kürzungen bei kommunalen und überregionalen Einrichtungen geben.

Um insgesamt 3,5 Millionen Euro geht es Hamburgweit allein bei den Einsparungen in den drei Rahmenezuweisungen Offene Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung und Sozialräumliche Angebotsentwicklung. Auf den Bezirk Eimsbüttel entfallen dabei etwa 360.000 Euro.

Für die von den Kürzungen betroffenen Träger und Einrichtungen hätte die Umsetzung dieses Vorhabens gravierende Auswirkungen. Schon jetzt deuten sich in einigen Hamburger Bezirken Schließungen von Einrichtungen an. Leidtragende wären hier wieder Kinder, Jugendliche und Familien und hier vor allem besonders Benachteiligte, da sie einen Großteil der Besucherinnen und Besucher dieser Einrichtungen ausmachen. Spielhäuser, Jugendclubs, Familienzentren

stellen wichtige Anlaufstellen in den Stadtteilen dar, in denen Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern sich treffen und austauschen. Durch Angebote, die in der Regel umsonst oder sehr kostengünstig sind, wird eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, die sonst vielen verwehrt bliebe. Und in vielen unterschiedlichen Lebenslagen leisten die Einrichtungen leicht zugängliche Begleitung und Unterstützung.

Im Regierungsprogramm von 2011 sieht das auch die SPD noch so. Dort heißt es: „Nur mit professioneller Vielfalt der Jugendhilfe, zu der auch eine lebendige offene Kinder- und Jugendarbeit zählt, die sich eng am Sozialraum orientiert, werden wir überall gute Chancen und Perspektiven für unsere Kinder und Jugendlichen ermöglichen können.“

Eine zehnprozentige Kürzung ist alles andere als belebend. Wie sich schon jetzt andeutet, bedeutet sie für viele Einrichtungen das Aus. Wie sich die Kürzungen konkret in Eimsbüttel auswirken werden, ist noch nicht abzusehen. Wie in anderen Bezirken auch, hat sich der Jugendhilfeausschuss (JHA) in Eimsbüttel eindeutig gegen die Kürzungen ausgesprochen und sich bislang nicht mit einer Umsetzung der Sparvorgaben beschäftigt. Gleiches gilt für die Bezirksversammlung, die ebenso wie der JHA mit den Stimmen der SPD gegen die Kürzungen gestimmt hat.

Fachlich begründet Sozialsenator Detlef Scheele die Kürzungen vorrangig mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen in Hamburg. Hier würden „weniger Projekte der Kinder- und Jugendarbeit benötigt“ (Scheele im Hamburger Abendblatt vom 25.02.12). Unterstellt wird dabei, dass sich zunehmend mehr Kinder in einer Betreuungssituation am Nachmittag befänden. Unterschlagen wird hierbei, dass auch jetzt schon viele Kinder im Hort sind, die trotzdem noch Angebote der Kinder- und Jugendarbeit am späteren Nachmittag, abends oder am Wochenende und in den Ferien wahrnehmen. Gleichzeitig ist es so, dass fachlich schon lange gefordert wird, dass sich Schulen dem Sozialraum gegenüber öffnen. Dieses wird auch vom Senat propagiert. Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit könnten hier eine wichtige Brückenfunktion übernehmen und auch eine konzeptionelle Zusammenarbeit mit Schulen im Stadtteil vorantreiben. Auch hierzu bedarf es den Erhalt dieser Einrichtungen und eine angemessene Ausstattung. Durch die geplanten Kürzungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wird ein wichtiger Teil im Kontext von Ganztagsbildung geschwächt und eine Chance konzeptioneller Entwicklungen vertan.

*Werner Brayer ist Leiter des Kinder- und Familienzentrum Schnelsen und Mitglied im JHA Eimsbüttel.*

## Wer ist denn hier gefährlich?

Welche der 55.000 in Hamburg lebenden Hunde, davon 7.000 in Eimsbüttel, sind gefährlich, auch wenn sie Gehorsamsprüfung und Wesenstest bestanden haben? Nach Auffassung des Senats sind Hunde von vier Rassen unwiderlegbar gefährlich – egal wie viele Prüfungen sie abgelegt haben. *Von Kersten Artus*

Das Hamburgische Hundegesetz kommt diesen Herbst auf den Prüfstand. Es ist das schärfste in Deutschland. Hundefreunde und der Tierschutzbund fordern eine Liberalisierung. Die Rassenzugehörigkeit und auch die Beißstatistiken sagen nämlich nur wenig über die Gefährlichkeit eines Hundes aus. Aber Pitbull Terrier, American Staffordshire Terrier, Staffordshire Bullterrier und Bullterrier sowie ihre Mischformen gelten als „unwiderlegbar gefährlich“. Das bedeutet: Ohne Maulkorb und Wesenstest darf keines dieser Tiere auf den Straßen unterwegs sein. Hunde von weiteren elf Rassen gelten als „widerlegbar gefährlich“, darunter der Rottweiler.

Der Hund, der am 10. Juli in Wilhelmsburg von der Polizei erschossen wurde, war ein American Bulldog – eine in Hamburg nicht als problematisch geltende Rasse. Welcher Hund gefährlich werden kann, hängt immer von den Umständen ab, von Halterin und Halter, von der Hunderziehung, nicht von der Rassezugehörigkeit – das sagen alle Wissenschaftler und Experten. Nur nicht die Politik: Wie widersinnig die Bestimmungen im Hundegesetz sind, zeigt, dass zum Beispiel Dobermänner in Bremen als unwiderlegbar gefährliche Hunde gelten – aber in Hamburg ohne Leine herumlaufen dürfen.

Im Jahr 2011 wurden in Hamburg 264 Beißvorfälle registriert. Für 210 davon gibt es keine den Behörden bekannte Ursache. Die Beißstatistik zeigt auch, dass keine Rasse besonders oft zugebissen hat. Kann so eine Auflistung als Beleg für die Beibehaltung des schärfsten Hundegesetzes in Deutschland dienen, dafür, dass vier Rassen unwiderlegbar gefährlich sind?

55.000 Hunde leben in Hamburg, davon knapp 7.000 in Eimsbüttel. Zugebissen haben 2011 in Eimsbüttel zehn Hunde: ein American Pitbull Terrier, Collie, ein Schäferhund, ein Rottweiler, ein Dobermann, ein Parson-Jack-Russell-Terrier, ein Tibet Terrier, dreimal bissen Hunde der Rasse Labrador Retriever zu. Diese Zahlen zeigen, dass das Hundegesetz eher ein bürokratisches Monster statt ein wirksames Mittel gegen gefährliche Hunde ist. Es verschlingt Behördenressourcen, fordert den unnötigen Einsatz des Bezirklichen Ordnungsdienstes (BOD) und schafft eine Pseudosicherheit. Hinzu kommt: Etliche Tiere der vier unwiderlegbar gefährlichen Rassen fristen ein elendes Leben im Tierheim, weil sie in Hamburg nicht vermittelbar sind. Das kostet pro Tag und Tier 15 Euro. Das sind 456 Euro im Monat, also mehr, als ein Hartz-IV-Empfänger im Monat erhält. Auch widerspricht es dem Tierschutzgedanken.

Ein Hund kann gefährlich werden, wenn er schlecht erzogen ist, schlecht gehalten und misshandelt wird. Das Hundegesetz sollte folgende Veränderungen bekommen: Die Gefährlichkeit eines Hundes entscheidet der Wesenstest. Wer eine Gehorsamsprüfung abgelegt hat, darf sein Tier laufen lassen – auch ohne Leine. Und wer sich einen Hund anschaffen will, sollte sich einer Beratung unterziehen oder einen Sachkundenachweis liefern. Dann würden alle Menschen in Hamburg wirklich sicherer leben. Kosten würden gespart und der Tierschutz verbessert werden.

*Kersten Artus (Eimsbüttel) sitzt für die LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft, deren Vizepräsidentin sie auch ist.*

# Gedenken heißt auch: sich Gedanken machen

Auf der Sitzung der Bezirksversammlung am 21. Juni hatte die LINKE-Bezirksfraktion einen Antrag für eine Eimsbütteler Gedenkwoche eingebracht, der in den Kulturausschuss überwiesen und dort fast einstimmig beschlossen wurde. Nur die FDP lehnte ab. *Von Helga Obens*

Hamburger Schülerinnen und Schüler haben kürzlich genau das getan und zum geplanten Gedenkort Hannoverscher Bahnhof in der Hafencity gearbeitet im Projekt „Wie wollt ihr euch erinnern?“. Gesucht waren Ideen für das zukünftige Informations- und Dokumentationszentrum am Lohseplatz, von wo aus zwischen 1940 und 1945 zwanzig Deportationszüge in die Konzentrations- und Vernichtungslager abfuhr. Hier lernt Jung von Alt – und so manches Mal geht es aber auch genau anders herum. Und das ist gut so.

Braucht Eimsbüttel also eine Woche des Gedenkens, wie sie seit Jahren in Hamburg-Nord durchgeführt wird? – Ja, weil auch Eimsbüttel ein Netzwerk für die Erinnerungsarbeit braucht.

Voneinander lernen, sich vernetzen, koordinieren, bestehende Initiativen und Aktionen stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken, das sollte dabei vorrangig sein.

„Die Erinnerung an die Abgründe der deutschen Vergangenheit gehört heute zur Identität unseres Gemeinwesens.“ Detlef Garbe, Direktor der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, stellte das kürzlich fest. Auch in Bergedorf wurde anlässlich der 850-Jahr-Feier vom 13. bis 29. April 2012 erstmalig eine Gedenkwoche durchgeführt, die von einem breiten Bündnis getragen wurde, unterstützt von der im Bezirk Bergedorf gelegenen KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Und so könnte eine Gedenkwoche in Eimsbüttel ab 2013 aussehen: Die Bezirksversammlung übernimmt die Schirmherrschaft und setzt damit ein wichtiges

politisches Zeichen. Sie lädt die Initiativen ein, unterstützt die Gründung einer offenen Arbeitsgemeinschaft „Erinnern/Gedenken“ als Plattform und Netzwerk. Sich einzumischen, zu beteiligen, mitzureden, dazu sind dann die Eimsbütteler Initiativen aufgefordert.

Denn: Wirklich arm dran wäre die Freie und Hansestadt Hamburg ganz gewiss ohne ihre Initiativen Bürgerinnen und Bürger, die seit Jahrzehnten die Stadtpolitik und die Stadtentwicklung aktiv und kritisch begleiten. Aber das ist wieder eine andere Geschichte.

Ausdrücklich eingeladen werden sollten zur Mitarbeit – neben den bereits in der Erinnerungsarbeit aktiven Gruppierungen – auch Eimsbütteler Vereine und Gruppen, die gegen Rassismus arbeiten und gegen Fremdenfeindlichkeit aktiv sind, Jugendhäuser, Seniorenclubs, die Bücherhallen, die Stabi, Künstler\_innen und Galerien, Studierende und Schriftsteller\_innen und Schüler\_innen.

Der deutsche Kalender des kommenden Jahres 2013 ist wieder voller brisanter Jahrestage. Entscheiden über das Datum für die Eimsbütteler Gedenkwoche sollten aber die beteiligten Bürger und ihre Initiativen. Denkbar wären Zeiten um den 3. Mai (2013: Ende der Naziherrschaft in Hamburg), um den 8. Mai (Tag der Befreiung) oder um den 10. Mai (Tag der Bücherverbrennungen, 2013 ist das 80 Jahre her). Oder im Oktober/November: Rund um die Erinnerung an die Pogromnacht vor dann 75 Jahren. Oder zur Erinnerung an die Deportationszüge, mit denen von Hamburg aus mehr als 6000 Hamburger Jüdinnen und Juden in den Tod geschickt wurden.



**Herzlich willkommen** in der Geschäftsstelle der Fraktion **DIE LINKE**. in der Bezirksversammlung Eimsbüttel! Sie finden uns

in der **Dillstrasse 16**

(Souterrain). Unseren Geschäftsführer Gerald Reichert treffen Sie zu den Öffnungszeiten

**dienstags 15 bis 18 Uhr und donnerstags 9 bis 12**

**Uhr** sowie nach Absprache. Auch unsere Bezirksabgeordneten freuen sich, nach Terminabsprache, auf ein Gespräch mit Ihnen. Rufen Sie uns an:

**(01 76) 88 05 25 74** oder **(0 40) 53 26 26 76**. Mailen Sie uns: **info@linksfraktion-eimsbuettel.de**

Mehr über uns auf unserer Website:

**www.linksfraktion-eimsbuettel.de**

**DIE LINKE.**